

HELMUT SCHMIDT

Sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Helmut Schmidt

Sozialdemokratische
Sicherheits-
und
Verteidigungspolitik

HELMUT SCHMIDT, stellvertretender Vorsitzender der SPD und Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, erläuterte auf dem „Wehrpolitischen Forum der SPD“ am 27. April 1969 in Bad Honnef die „Grundsätze der sozialdemokratischen Wehrpolitik“:

Die Grundlagen der Sicherheitspolitik

Ich darf am Anfang mit einigem Stolz für meine Kollegen, die diese Tagung mitveranstaltet haben und an ihr teilnehmen, für unseren verstorbenen Freund Fritz Erler und andere, die nicht mehr unter uns sind, und auch für mich in Anspruch nehmen, daß wir im Laufe der letzten fünfzehn Jahre das Verhältnis unserer Partei zur Aufgabenstellung der Armee in einer demokratischen Gesellschaft und das Verhältnis unserer Partei zu dieser Armee selber in zweierlei Weise sehr zielbewußt geklärt haben.

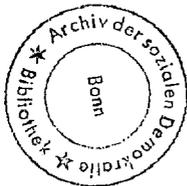
Auf der einen Seite haben wir uns hinter die Bundeswehr und ihren Auftrag gestellt; auf der anderen Seite haben wir aus unserer positiven Haltung zu dieser Armee und ihrer Aufgabe die, wie ich sehe, auch innerhalb der Bundeswehr anerkannte Legitimation erworben, zu dieser Armee, zu ihren Erscheinungsformen, ihren Problemen und ihren Notwendigkeiten, eine sachlich und fachlich, politisch und philosophisch fundierte Meinung zu sagen.

Lassen Sie mich auf dieser Grundlage beginnen mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen zur Sicherheitspolitik: Die Grundlage der Sicherheitspolitik ist die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. Außenpolitik setzt die Maß-

stäbe für das im Bereich der Sicherheitspolitik bei aller langfristigen Planung immer noch pragmatische Handeln und die Maßstäbe für die ständig neu zu treffenden verteidigungspolitischen Entscheidungen. Die Außen- und Sicherheitspolitik unserer Partei wird von drei Grundsätzen bestimmt:

- der Bewahrung des Friedens,
- der Sicherung der Freiheit,
- der friedlichen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze deutsche Volk.

Wir sind von diesen drei Grundsätzen ausgegangen, als wir vor zweieinhalb Jahren in Koalitionsverhandlungen mit zwei anderen Parteien standen, und wir haben diese Grundsätze konkretisiert in einem sogenannten 8-Punkte-Programm, das damals die Grundlage für die Koalitionsverhandlungen war und gerade in diesen drei Punkten Eingang gefunden hat in die Regierungserklärung der gegenwärtigen Koalitionsregierung. Wir sind uns dabei bewußt, daß in unserer Zeit der Frieden nur bewahrt werden und die Freiheit nur gesichert werden kann, wenn das Gleichgewicht der Bündnisysteme erhalten bleibt. Das Atlantische Bündnis muß funktionsfähig gehalten werden, bis es später durch ein funktionsstüchtiges und funktionsreicheres System europäischer — gesamteuropäischer — Sicher-



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn - Druck: Vorwärts-Druck, Bad Godesberg, Kölner Straße 108-112 - 7-69 - A 2-150

A 85-3707

heit abgelöst werden kann. In der Gegenwart müssen die inneren Entwicklungen und Reformen des Nordatlantischen Bündnisses gerichtet sein auf stärkere Zusammenarbeit, insbesondere auf stärkere politische Zusammenarbeit der Bündnispartner. Die zweite Hauptaufgabe, die entscheidend von dieser politischen Zusammenarbeit abhängt, besteht darin, die Allianz zu befähigen, zum Abbau der Spannungen in der Welt und insbesondere in Europa beizutragen.

Gerade diesen letzten Grundsatz, den sich der Nordatlantikrat 1968 in Reykjavik und später noch einmal in Brüssel zu eigen gemacht hat, haben wir in der letzten Woche auf dem außerordentlichen Parteitag unserer Partei für so wichtig gehalten, daß wir ihn in unser Regierungsprogramm aufgenommen haben.

Die SPD tritt seit langem für eine europäische Friedensordnung ein, weil wir glauben, nur so schließlich die Teilung Europas überwinden und damit auch eine Lösung der deutschen Frage anstreben zu können. Dieses Ziel ist vom Außenminister zu einer Leitlinie des außenpolitischen Handelns unseres Staates gemacht worden — mit wachsender und allgemeiner Zustimmung — ebenso wie das Ziel, durch eine dauerhafte Friedensordnung in Europa dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Wenn es einmal zu einem europäischen Sicherheitssystem kommt, so muß es Rüstungsbeschränkungen und Rüstungskontrollen in Europa ermöglichen und institutionalisieren.

Solch ein System könnte ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Friedensordnung für Europa sein, die sicherlich zeitlich noch dahinter liegt.

All diesen Bemühungen ist im Jahre 1968 durch den Einmarsch in die Tschechoslowakei ein schwerer Schlag versetzt worden. Der Rückfall der Sowjetunion in eine ideologisch motivierte Interventionspolitik darf aber, so meinen wir, unsere langfristig angelegte und auf lange Frist gemeinte Bereitschaft nicht mindern, hier ein Europa in unserem Bereich für eine Zone friedlicher Nachbarschaft zu wirken, die allmählich zu einem konstruktiven Miteinander führt und mit der allmählich die gefährliche Konfrontation abgebaut werden kann.

Wir sehen in den erhöhten Rüstungen in Mitteleuropa eine deutliche Barriere, die dem Abbau des Mißtrauens entgegensteht. Trotz des heute noch vorhandenen Gleichgewichts der militärischen Kräfte, die innerhalb Europas und von außen auf Europa wirken, bleibt die Gefahr stets gegenwärtig, daß ernsthaft politische Krisen in die Katastrophe des kriegerischen Konflikts umschlagen können, solange diese hohe Konzentration militärischer Macht in Europa, insbesondere in Mitteleuropa, noch besteht. Wir treten deshalb ein für eine gleichzeitige, gleichgewichtige und wirksam kontrollierte Reduzierung der in Europa zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs stationierten Truppen.

Dieses Ziel haben sich auf Vorschlag der Bundesrepublik

Deutschland und ihres Außenministers auch unsere Verbündeten im Laufe des letzten Jahres zu eigen gemacht. So hat die NATO in Reykjavik in einer gemeinsamen Erklärung die Bereitschaft der Verbündeten zu gleichgewichtigen und kontrollierten Rüstungsverminderungen erklärt und die Sowjetunion aufgefordert, in ernsthafte Verhandlungen über Truppenreduzierungen einzutreten. Wir halten es für unerlässlich, daß sich die Bundesrepublik durch eigene konstruktive Beiträge aktiv an der internationalen Diskussion um Abrüstung und Abrüstungskontrolle beteiligt. Genauso eindeutig möchte ich sagen: Solange die Sowjetunion und der Warschauer Pakt zu solchen Schritten nicht bereit sind, solange bleiben die Sicherheit Westeuropas, die Sicherheit der Bundesrepublik und insbesondere die Sicherheit Westberlins abhängig von der Fähigkeit unserer Allianz, die Territorien ihrer Mitgliedstaaten wirksam zu verteidigen und durch diese Fähigkeit andere von einer Verletzung dieser Territorien oder einem sonstigen Angriff abzuschrecken.

Wir werden unabhängig von dieser eben besonders betonten Erkenntnis und unabhängig von den Konsequenzen, die wir aus dieser Erkenntnis ziehen, unser langfristiges Bemühen um Rüstungsverminderung und Rüstungskontrollen nicht aufgeben. Wir glauben, daß Fortschritte auf diesem Weg notwendig sind, wenn auf die Dauer der Frieden sicherer gemacht werden soll, als er heute ist; wenn auf die Dauer die Freiheit bewahrt und der Anspruch auf Selbstbe-

stimmung erhalten werden soll. Wir glauben, daß die Politik eines gegenseitigen und vertraglich gesicherten Gewaltverzichts oder Nichtangriffspaktes zwischen allen europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion und der DDR weiterhin mit Vorrang betrieben werden muß.

(Beifall.)

Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort zum Nichtverbreitungsvertrag sagen: Wir sind der Überzeugung, daß die weitere Ausbreitung von nuklearen Waffen im nationalen Besitz zum Halt gebracht werden muß. Wir halten dabei für unerlässlich:

1. Es darf keine Behinderung unserer Nutzung von Kernenergie zu friedlichen, das heißt zu wissenschaftlichen und vor allem zu wirtschaftlichen Zwecken, eintreten.
2. Der Vertrag muß der allgemeinen Abrüstung dienen und nicht nur der Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung der kleineren Staaten.
3. Unsere Sicherheit darf nicht beeinträchtigt werden.
4. Die Bestrebungen zur europäischen Einigung dürfen nicht behindert werden.

Jeder von uns weiß, daß vor fünfzehn Jahren die Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf die Herstellung von atomaren Waffen ver-

traglich verzichtet hat, sondern auch von bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln und darüber hinaus sogar von bestimmten konventionellen Waffensystemen. Wir würden es begrüßen, wenn andere Staaten gleiche Verpflichtungen übernähmen.

Politik des Ausgleichs in Europa

Wir wollen die Zusammenarbeit und den Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten fördern, wo immer sich dazu Ansatzpunkte bieten, auch wenn die gegenwärtige Haltung der Sowjetunion die Normalisierung unserer Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes wesentlich erschwert. Wir wissen, daß Ausgleich und Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa im Interesse aller europäischen Staaten und Völker liegen. Wir glauben, daß die Kräfte in Europa, die auf ein Zusammenwachsen — Wiederezusammenwachsen — drängen, auf die Dauer auch nicht mit Gewalt von dieser inneren Zielsetzung abgebracht werden können. Wir sind überzeugt, daß darüber hinaus die Politik des innereuropäischen Ausgleichs auf die Dauer auch im wohlverstandenen Interesse der beiden Weltmächte liegt, deren bipolare Hegemonie über Europa die letzten zehn Jahre unserer Zeitgeschichte und darüber hinaus wohl auch mindestens einen erheblichen Teil des nächsten Jahrzehnts überwölbt hat und überwölben wird. **Wir gehen dabei davon aus, daß eine Politik des Ausgleichs in Europa nur möglich ist**

auf der gesicherten Grundlage der Erhaltung des Gleichgewichts. Ich betone dies noch einmal: des Gleichgewichts in der Welt wie auch des Gleichgewichts in Europa und auf der Grundlage der Sicherung der Verteidigungsfähigkeit Westeuropas im Rahmen des Bündnisses, dem wir angehören.

Lassen Sie mich von diesem Ausgangspunkte aus die Prinzipien kennzeichnen, von denen die sozialdemokratische Verteidigungspolitik ausgeht. Ich nenne dabei als erstes das Gleichgewichtsprinzip zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Sowohl die Erfolgsaussichten der Entspannung als auch die Erfolgsaussichten unserer Sicherheitspolitik hängen ab von der Erhaltung des Gleichgewichts der hier in Europa wirksamen und von außen auf Europa einwirkenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte von Ost und West; auch vereinbarte Truppenreduzierungen müssen unter dem Aspekt des Gleichgewichts erfolgen, wenn sie nicht Unsicherheitsfaktoren ins Spiel bringen sollen.

Ich nenne zweitens das Defensivprinzip. Entspannungspolitik treiben zu wollen verlangt, daß unsere Verteidigung von außen erkennbar eindeutig defensiv ist. Das Defensivprinzip verlangt für unsere Armee eine defensive Grundstruktur hinsichtlich ihres militärischen Aufbaus, ihres Umfangs und ihrer Aufgabenstellung. Der defensiven Stellung der Bundeswehr im Rahmen des Atlantischen Bündnisses müssen Ausrüstung und Bewaffnung entsprechen. Das

Defensivprinzip erfordert übrigens auch im Stil — nicht nur der Soldaten, sondern auch der Politiker und der Journalisten —, in Schrift und Rede die entsprechende und notwendige Zurückhaltung. Psychologischen Faktoren kommt in der Politik — auch in der Weltpolitik, nicht nur in der Innenpolitik — bisweilen die gleiche, manchmal aber sogar noch höhere Bedeutung zu als militärischen Faktoren.

Drittes Prinzip sozialdemokratischer Verteidigungspolitik ist das Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue. Die Bundesrepublik darf sich weder außenpolitisch isolieren noch kann sie allein für ihre Sicherheit und territoriale Integrität einstehen. Solange es weder Abrüstung, Rüstungsbegrenzung noch ein europäisches Sicherheitssystem gibt, solange hängt die Aufrechterhaltung des militärischen und des politischen Gleichgewichts in Europa — und damit unsere Sicherheit — weiter ab von der Kooperation innerhalb der Atlantischen Allianz und von der Funktionsfähigkeit der NATO. Wir müssen zur Festigung dieser Bindungen den uns politisch, wirtschaftlich — auch finanzwirtschaftlich — und militärisch angemessenen Beitrag leisten. Wir sind auf das Prinzip der Bündniserhaltung und Bündnistreue möglicherweise noch stärker angewiesen als einer der übrigen Partner der Nordatlantischen Allianz.

Ich nenne als nächstes das Prinzip der Verhältnismäßigkeit von politischem Auftrag einerseits und militärischen Mitteln andererseits.

Dieses Prinzip gilt sehr allgemein: für den Gesamtauftrag ebenso wie für den Auftrag an ein einzelnes Bataillon. Ein Auftrag darf weder die Mittel überfordern, und das heißt im Ergebnis: die Soldaten überfordern, noch dürfen aus außenpolitischen und finanzwirtschaftlichen Gründen etwa mehr Mittel bereitgestellt werden, als der Auftrag wirklich nötig macht. Dies darf auch deshalb nicht geschehen, damit das Defensivprinzip nicht verletzt werden soll. Alle Entscheidungen über Umfang und Bewaffnung unserer Bundeswehr werden von Regierung und Bundestag getroffen. Die verfügbar gemachten militärischen Mittel und der Verteidigungsauftrag, den die Bundesregierung und die verbündeten Regierungen erteilen, müssen einander entsprechen. Dieses Prinzip, das sei hier nur kurz angemerkt, ist in den letzten fünfzehn Jahren an vielen Stellen schlimm verletzt worden.

Ich nenne als letztes Prinzip den Grundsatz des nationalen Sicherheitsinteresses. Ich meine, ungeachtet der Notwendigkeit, die ich sehr hervorgehoben habe, das Bündnis und seine Organisation zu erhalten, darf die Sicherheit unseres Landes nicht ausschließlich von der Funktionsfähigkeit der NATO abhängig gemacht werden, die trotz unserer Bündnistreue an Zusammenhalt verlieren könnte und, wie wir alle gesehen haben, in den letzten Jahren schon verloren hat. Das Prinzip des nationalen Sicherheitsinteresses bedeutet für mich, daß wir die politische und militärische Rolle der

Bundesrepublik innerhalb des Bündnisses den sich ständig wandelnden Lagen und den ständig wechselnden Erfordernissen unseres eigenen Sicherheitsinteresses anpassen müssen. Unsere Rolle innerhalb des Bündnisses ist heute nicht die gleiche wie vor zehn Jahren, und sie wird in fünf Jahren wiederum nicht die gleiche sein wie heute vor fünf Jahren. Dies rechtzeitig zu erkennen und den Wandel zu beeinflussen unter den Motiven und Gesichtspunkten unseres Sicherheitsinteresses, scheint mir ein wesentliches Prinzip. Es hat am Anfang einmal eine allgemeine Einstellung gegeben, die ging davon aus: „Was die NATO tut, ist wohlgetan und auch für uns das Beste.“ Ich bin weit davon entfernt, das zu einem Lehrsatz zu machen.

Krisen-Management und Zivilverteidigung

Wir brauchen eine stärkere Entwicklung unserer eigenen politischen und strategischen Führungsapparatur. Ich akzeptiere ausdrücklich die Unterscheidung, die in seinem gestrigen Vortrag General Büchs gemacht hat, indem er unterschied zwischen Strategie einerseits und Militärstrategie andererseits. So sehr der letztere Begriff pleonastisch — wie ein „weißer Schimmel“ — erscheint, so sehr ist er in der heutigen Welt notwendig. Ich sage also: **Wir brauchen eine stärkere Entwicklung unserer eigenen politischen und strategischen Führungsapparatur. Die Bundesregierung muß**

in die Lage versetzt werden, diplomatische Krisen besser zu bewältigen, als das bisher geschah. Ich bin gleichermaßen entsetzt gewesen von der Art der Bewältigung möglicher Krisenansätze im August 1961; wie ich entsetzt war von der institutionellen Unfähigkeit im August 1968, mit solchen Dingen fertigzuwerden.

Stärkere Entwicklung unserer eigenen Führungsapparatur, unserer Führungsfähigkeit unter dem Prinzip des nationalen Sicherheitsinteresses, ist außerdem auch nötig, wenn man dann entscheidungsfähig sein will — ich meine, sein muß —, wenn die Führungsverantwortung der NATO in bestimmten Situationen noch nicht voll wirksam wird. Ich denke, daß die vorhandenen politischen und militärischen Führungsapparaturen in Bonn so organisiert sein müssen, daß Kabinett und Bundeskanzler dieser Aufgabe auch institutionell gewachsen sein können.

(Beifall.)

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Wort zur Zivilverteidigung, die in unserem Lande auch in Zukunft ihre erste Aufgabe in Schutz und Hilfe zum Überleben der Bürger sowie Rettung und Versorgung der Überlebenden sehen muß. Daraus ergibt sich eine sehr enge Verzahnung zwischen dem Katastrophenschutz im Frieden und dem Zivilschutz bei bewaffneten Auseinandersetzungen. Aber wir wissen, daß die maximale Sicherheit unserer Bürger nicht durch ein Programm unbegrenzten Schutzbaues und allge-

meiner Zwangsmobilisierung zu Zivilschutzanforderungen möglich ist, sondern daß man hier eine auf die räumlicher, technischen, finanziellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten abgestimmte angemessene Zivilplanung braucht. Diese hat allerdings einen gewissen Zusammenhang mit der militärischen Verteidigung herzustellen, weil zu ihren Aufgaben auch gehört, die Operationsfähigkeit der Streitkräfte zu sichern und damit die Stabilität des Abschreckungssystems zu erhalten. Wir halten es für notwendig, daß die Planung auf diesem Gebiet interministeriell geschieht, in einem gemeinsamen interministeriellen Planungstab aus Vertretern von Verteidigungs- und Innenressort unter Hinzuziehung von Vertretern der Innenressorts der Länder. Die gemeinsamen Aufgaben können nur bewältigt werden in einem engen und ständigen Kontakt der militärischen und der zivilen Seite. Da gibt es ein bißchen Eifersüchteleien, die man immer wieder spürt; das ist zwar natürlich; das ist übrigens nicht nur zwischen militärischen und zivilen Stellen so, es ist auch innerhalb militärischer Stellen zu beobachten und innerhalb ziviler Stellen. Aber an dieser Nahtstelle werden sie besonders unangenehm empfunden. Wir begrüßen sehr, daß die Regierungen des Bündnisses sich nach der Intervention der Sowjetunion und vier anderer Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR wieder enger zusammengefunden haben. Dies zeigte sich im Herbst und Winter 1968 und im Frühjahr dieses Jahres. Aber ich denke, wir

sollten uns deshalb nicht in absoluter Sicherheit wähen. Neue Krisen in Europa bleiben auch in Zukunft jederzeit möglich, ebenso wie außereuropäische Krisen jederzeit auf Europa zurückwirken und Europas Sicherheit gefährden können

Reform der Bundeswehr

Von diesen Prinzipien und von diesen allgemeinen Erwägungen ausgehend, lassen Sie mich nun zu bestimmten Konsequenzen für die Bundeswehr sprechen. Es ist vielfach während dieser Tagung auf unsere Karlsruher Bundeswehr-Entschießung zurückgegriffen worden. Ich bin darüber ganz stolz auf der einen Seite, denn offenbar haben wir damals — 1964 — in Karlsruhe vieles Richtige gesagt. Auf der anderen Seite bin ich bekräftigt darüber, daß trotz aller Vorschläge zur Bewältigung der schon damals auf uns zukommenden Probleme gleichwohl die meisten Probleme seither nur noch größer geworden sind.

„Erkennbare Schwächen unserer Streitkräfte liegen vornehmlich auf drei Gebieten:

- in der militärischen Organisation
- im inneren Zustand von Führung und Truppe
- in der Auswahl und Beschaffung der Waffensysteme.“

Auch heute treffen diese Feststellungen immer noch zu. Unsere Karlsruher Vorschläge wurden durch die Verteidigungsminister

leider nur sehr zögernd aufgenommen. Zum Teil blieben sie völlig unbeachtet.

(Beifall.)

Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung

Ich fange an mit den organisatorischen Problemen. Organisation ist einer der wichtigsten Teile der Führungskunst überhaupt, wie jeder Soldat weiß und jeder Politiker auch. Ich spreche zunächst vom Bundeswehrführungsstab, der als ministerielle Hauptabteilung zu einer militärischen Führungsorganisation umgestaltet werden muß; eines militärischen Führungsapparatur, die in der Lage ist — soweit eben nicht die NATO dazu in der Lage ist —, die Teilstreitkräfte und die Großverbände der Bundeswehr militärisch zu führen. Bitte halte. Sie sich dabei nicht an Prestige Gesichtspunkte oder an nur scheinbar wichtige Fragen wie die Disziplinarbefugnis für Inspektoren und den Generalinspekteur. Das ist eines der nicht völlig unwichtigen, aber der Randprobleme. Ein entscheidendes Problem ist jedoch, daß nicht alle möglichen Stellen gleichzeitig in die Truppe hineinregistrieren, sondern nur von einer Stelle aus befohlen wird.

Wir haben im Verteidigungsausschuß anläßlich der Starfighter-Untersuchung und anläßlich der Untersuchung über den sogenannten Gewerkschaftserlaß festge-

stellt, daß zum Beispiel allein rund 60 zivile Beamte aus einer anderen Hauptabteilung des Ministeriums das Recht und auch die Pflicht hatten, durch Fernschreiben unmittelbar bis in die Bataillone hinein Weisung und Anweisung zu geben; eine unerträgliche Situation für die Truppe.

(Lebhafter Beifall.)

Was nun den militärischen Führungsstab selbst angeht, so besteht er im wesentlichen aus Soldaten, die im militärischen Dienst großgeworden sind, die also nicht Verwaltung gelernt haben. Diese Soldaten haben auch nicht in Ministerien anderer Art gearbeitet, sondern haben einen bestimmten Führungsstil, einen bestimmten Verwaltungsstil, nämlich den militärischen Führungsstil gelernt. Ich halte es für einen schweren Fehler, der aber immer noch redressiert werden kann — sogar redressiert werden muß, daß man einer militärischen Führungsapparatur einen verwaltungsmäßigen Führungsstil aufzwingt.

Der ministerielle Verwaltungsstil ist ein glänzender Führungsstil dort, wo er hingehört. Man kann aber nicht erwarten, daß Soldaten, die nur eine gewisse Zeit im Verteidigungsministerium und im militärischen Führungsstab arbeiten und dann wieder in die Truppe gehen, im Laufe ihres Lebens zwei völlig verschiedene Führungsstile und -techniken erlernen und je nachdem, an welcher Stelle sie verwendet werden, den einen oder den anderen anwenden. Ich meine,

daß der Bundeswehrführungsstab organisiert werden muß nach den allgemeinen Grundsätzen militärischer Führungsorganisation innerhalb unserer Allianz wie auch innerhalb des Warschauer Paktes; nach den allgemeinen, auf Erfahrung beruhenden Prinzipien militärischer Führungsstäbe.

(Lebhafter Beifall.)

Entbürokratisierung und Planungsmethoden

Ich rede Ihnen dabei nicht nach dem Munde. Sie werden gleich sehen, daß manches, was ich im Kopfe habe, den Soldaten weniger gefallen wird. Genauso, wie ich in diesem Zusammenhang gleich sagen möchte, daß es mir ein großer Irrtum zu sein scheint, wenn einige meinen, sie müßten die Verantwortung für die allzu große Verwaltungsförmigkeit oder die allzu große Bürokratie innerhalb unserer Armee einseitig auf die Beamten abschieben. Das wäre ein großer Irrtum. Was sich die Soldaten geleistet haben an bürokratischer Entfaltung, an Papierkrieg, wiegt ganz genauso schwer und ist ganz genauso schlecht. Wenn man schon den Splitter im Auge der anderen sehen will, soll man doch jedenfalls den Balken im eigenen Auge auch sehen!

Ich fand hervorragend, wenngleich es weitgehend noch bloß programmatisch ist und noch nicht die Wirklichkeit beschrieben wird, was gestern General Büchs gesagt hat

über die verschiedenartigen Mittel moderner und langfristiger Planung und modernen Managements. Ich bin weitgehend einverstanden. Wobei übrigens die Soldaten ruhig wissen sollten, daß manches von dem, was heute die Bundeswehr übernehmen muß an Management-Methoden, an Planungs-Methoden, an Ablaufplanungs-Methoden, die aus der Wirtschaft kommen, daß manches von dem ursprünglich einmal die wirtschaftlichen Unternehmen aus dem militärischen Bereich übernommen haben. Allerdings haben sie es inzwischen entscheidend weiterentwickelt.

Und nun zu einem zweiten Instrument innerhalb des Verteidigungsministeriums. Wir bleiben dabei, daß ein Bundeswehr-Führungsstab erforderlich ist, der die Großverbände und Teilstreitkräfte wirklich führen können muß und über den allein die Truppe ihre Befehle zu bekommen hat. Neben diesem militärischen Führungsstab ist aber etwas anderes notwendig: Hier nehme ich noch einmal die Unterscheidung des Generals Büchs auf zwischen Strategie und Militärstrategie und weise darauf hin, daß innerhalb des Verteidigungsministeriums auch an Strategie gearbeitet werden muß, nicht nur an Militärstrategie. Daraus folgt, daß das Verteidigungsministerium auch wesentliche Beiträge zur langfristigen Strategie und Bündnispolitik, zur langfristigen Planung der Gesamtverteidigung, zur langfristigen Planung der Finanzierung und der technischen Entwicklung, zur Entfaltung der

Strategie, die ja doch heute im Westen wie in Moskau eine Strategie der Friedensbewahrung ist, erarbeiten muß. Andere brauchen für diese Erforschung, die überhaupt mit wissenschaftlichen Methoden betrieben werden muß, den Ausdruck „Friedensforschung“. Der Ausdruck Friedensforschung trifft einen Teil des Bereichs, von dem ich hier spreche. Dies alles ist nicht nur eine Angelegenheit der Militärs; kann es nicht sein. Das Verteidigungsministerium hat aber daran mitzuarbeiten, z. B. bei theoretischen Modellen, die man sich schaffen muß für die Bewältigung von Krisen, die vielleicht so, vielleicht ganz anders, vielleicht auf dritte Weise eintreten können. Die laufende Bearbeitung langfristiger strategischer und militärpolitischer Analysen und das Aufzeigen alternativer Lösungen gehören zu den wesentlichen Aufgaben der Hauptabteilung Grundlagenplanung. Dafür braucht das Verteidigungsministerium — ganz abgesehen davon, daß der Bundeskanzler und das Kabinett auch ihre Einrichtung dafür brauchen, die sie einstweilen nicht haben — einen relativ kleinen, aber von der militärischen Führung unabhängigen Arbeitsstab, der Grundlagenplanung betreibt. Es muß ein Team sein mit hochqualifizierten Soldaten, Wirtschaftlern, nicht nur Naturwissenschaftler, sondern auch Gesellschaftswissenschaftler oder Geisteswissenschaftler; nicht nur solche, die Philosophie entfallen, sondern vor allem solche, die die konkrete Welt erforschen: Diplomaten, Verwaltungsfachleute; insgesamt nicht sehr viele, aber aus

sehr vielen Facetten zusammengesetzt. In stärkerem Maße als bisher geschehen, sollten dazu auch unabhängige Institute und Fachleute herangezogen werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Mann, der an der Spitze dieser Gruppe steht, zeitweilig ein Zivilist oder zeitweilig ein Soldat ist. Man sollte sich den suchen, der unter den verfügbaren gerade der Beste ist. Ich sehe natürlich voraus, daß es über diese Frage wieder zu Prestigekämpfen kommt. Aber da muß es dann auch solche Minister geben, die diese Prestigekämpfe entscheiden.

(Lebhafter Beifall.)

Die dritte Hauptabteilung des Verteidigungsministeriums hat sich auf die materielle Bedarfsdeckung der Truppe zu konzentrieren. Dabei gehören wehrtechnische Forschung, Entwicklung, Erprobung und die Beschaffung von Ausrüstung und Gerät in eine Hand. Die auf diesen Gebieten erforderliche mittelfristige Planung und Programmierung sowie die Lenkung und Kontrolle ist von außerordentlicher Bedeutung nicht nur für die Erhaltung der Einsatzbereitschaft und Kampffähigkeit der Truppe, sondern auch für die kontinuierliche Beschäftigungslage und technologische Weiterentwicklung bestimmter fortgeschrittener Industriezweige und ihre Ausgewogenheit im gesamtwirtschaftlichen Rahmen. Die Hauptabteilung Technik und Rüstung bedarf dabei in besonderem Maße der Besetzung mit Naturwissenschaftlern Ingenieuren, Wirtschaftsfachleu-

ten, Verwaltungsbeamten und Soldaten. Internationale Erfahrung ist von großem Wert.

Viertens muß es die Säule der ministeriellen Verwaltung geben: Haushalt, Haushaltskontrolle, Kontrolle des Haushaltsverzuges, allgemeine Verwaltung, Recht, Personalrecht, Infrastruktur, Liegenschaften usw. Die Aufgaben der Hauptabteilung Verwaltung liegen vornehmlich auf den Gebieten der personellen und finanziellen Bedarfsdeckung der Bundeswehr. Ich will in dem Zusammenhang sagen, daß nach unserer Vorstellung die ministerielle Verwaltung in keiner Weise die politische Aufgabe hat, den uniformierten Teil der Bundeswehr oder die Streitkräfte zu beaufsichtigen oder zu kontrollieren. Das wird sicherlich von den führenden Beamten auch nicht so verstanden. Aber es gibt auf beiden Seiten Frondeure oder Partisanen, die darüber einen Insurgentenkrieg führen. Nach meiner Überzeugung muß jedoch folgendes betont werden: Wenn in Zukunft endlich militärische Vorgesetzte auch verantwortlich gemacht werden sollen für den Zustand ihrer Truppen, dann muß auch die Verantwortung für die Personalpolitik in ihre Hand gelegt werden.

(Lebhafter Beifall.)

Ich sage das nicht, weil ich Ihnen gefallen möchte, sondern weil ich die militärischen Vorgesetzten auch verantwortlich machen will für das, was in ihrer Truppe geschieht.

(Lebhafter Beifall.)

Und Verantwortung heißt natürlich auch: Konsequenzen zu ziehen!

(Erneuter Beifall.)

Ich meine also, daß die Verwaltung sich auf die generell zu regelnden Angelegenheiten der Personalwirtschaft konzentrieren sollte und daß abgesehen von Generalrängen die Einzelpersonalia in die Verantwortung der Inspekture der Teilstreitkräfte bzw. des Generalinspektors gehören.

Befehl - Gehorsam - Zivilcourage

Damit bin ich schon bei dem Thema, das mehrfach bereits berührt wurde von mir. Der innere Dienstbetrieb muß so gestrafft werden, daß die Verantwortung klar abgegrenzt ist und die Führungsverfahren vereinheitlicht sind: Es gibt kaum eine zivile Verwaltung, in der die Verantwortungen innerhalb eines auf dem Papier klar gegliederten Systems so mies und so unklar abgegrenzt sind, wie innerhalb der Bundeswehr.

(Beifall.)

Ich weiß nicht, ob jetzt Soldaten das Recht haben, zu klatschen? Sie haben das alles mit so geschaffen und so bestehen lassen, meine Herren! Wenn man im Laufe eines Jahres häufig genug zu Truppenbesuchen kommt und hört, was los ist, und sieht die Fülle von Absicherungsbefehlen, die von oben

ergehen, von Soldaten erlassenen Absicherungsbefehlen,

(Lebhafter Beifall.)

dann rufe ich dies in Erinnerung, um zu warnen, die Schuld und die Ursache immer nur bei anderen zu suchen! Das sei auch dem Herrn Grashay gesagt!

(Beifall — Zurufe.)

Wer die Truppe durch überflüssige Verwaltungsförmigkeit, Schriftlichkeit des Dienstbetriebes und Dienstwegs belastet und entmündigt, ist selber zur Führung nicht befähigt.

(Beifall.)

Wer zu seiner eigenen Sicherung Befehle gibt, von denen er weiß, oder doch wissen mußte, wenn er sich um seine Truppen kümmert, daß sie von dem, der den Befehl erhält, kaum noch ausgeführt werden können, daß sie dem, der sie ausführen soll, keinen Spielraum mehr lassen; wer solche Befehle gibt, der untergräbt das Prinzip von Befehl und Gehorsam in der Armee!

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin dafür, Gehorsam zu verlangen. Aber wie kann ein und derselbe Mann Gehorsam verlangen, wenn er gleichzeitig weiß, daß die gehorsame Erfüllung aller dieser Befehle, die gleichzeitig bei dem armen Kompaniechef angekommen sind, praktisch einen Übermenschen verlangt! Die Trup-

penführer müssen deshalb mit ausreichenden eigenen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden, damit sie sich voll ihrer Hauptaufgabe der Ausbildung, Materialerhaltung und Herstellung der geforderten Einsatzbereitschaft widmen können.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur „Zivilcourage“: Ich habe gesagt, und ich stehe zu dem Wort, daß der Soldat zum Gehorsam erzogen werden muß, aber auch zur Zivilcourage in Uniform. Zivilcourage äußert sich nicht darin, daß man vor Untergebenen über gemeinsame Vorgesetzte schimpft. Zivilcourage besteht auch nicht in allgemeinem Geschimpfe im Offiziersheim; Zivilcourage besteht auch kaum darin, daß man vor ranggleichen Kameraden sich freimütig äußert über das, was „die da oben“ oder „die in Bonn“ wieder „verböckelt“ haben. Zivilcourage besteht in einer Armee darin, daß, wenn einem eine Weisung oder ein Befehl gegeben wird, von dem man glaubt, er sei ganz oder teilweise falsch oder undurchführbar, daß man dann gegenüber dem Vorgesetzten in einer dem militärischen Leben angemessenen Form Gegenvorstellungen mit der Intensität erhebt, die notwendig ist, damit eine vernünftige Lösung gefunden wird. Und wenn es in einer sehr wichtigen Frage einem hohen Verantwortlichen nicht möglich ist, sich Gehör zu verschaffen, gibt es die Notwendigkeit, Konsequenzen zu ziehen. Aber man soll nicht immer erst dann Konsequenzen ziehen, wenn man auch sich selber schon so weit ins Unrecht gesetzt

hat, daß aus dem Grunde schon Konsequenzen gezogen werden müssen.

In diesem Zusammenhang vielleicht ein Wort zu den Diskussionen, von denen ich höre, daß sie in mehreren Arbeitsgemeinschaften eine große Rolle gespielt haben. Zivilcourage ist eine Sache, die nach oben gegenüber den Mächtigeren nötig ist. Und ich betone nochmals, daß zu ihrer Ausübung geistige Disziplin gehört. Wir unterliegen alle der Versuchung, gleich loszuschimpfen, wenn uns etwas nicht paßt: Jemand, der seinem Vorgesetzten sagt, so würde ich es nicht machen; ich halte Ihnen die und die Bedenken vor, ich habe die und die Erfahrungen und bitte, daß Sie sich das noch einmal überlegen; jemand der in einer angemessenen Form Gegenvorstellungen erhebt, der braucht dazu auch geistige Disziplin. In diesen Zusammenhang gehören die Äußerungen des Generals Grashay in Hamburg. Ich kenne seinen Vortrag nicht; was die Presse berichtet hat, das war ja nur ein kleiner Auszug, nicht unbedingt der aufregendste, wenn gleich aufregend genug. Mir scheint, daß in der Rede des Generals einerseits Richtiges enthalten war, z. B. die Klage über die Verwaltungsförmigkeit und Bürokratisierung des allgemeinen militärischen Dienstbetriebs. Ich bin nicht ganz sicher, ob er die Schuldigen auf beiden Seiten gesucht hat; ich will das mal offenlassen. Die Klage ist aber gerechtfertigt. Die Klage allein nützt jedoch überhaupt nichts. Wenn jemand stell-

vertretender Inspekteur einer Teilstreitkraft ist, hat er weiß Gott daran mitzuwirken, daß die Ursache seiner Klage abgestellt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Es war aber ganz gewiß auch einiges Falsches in jenem Vortrag. Die Bemerkungen über den Wehrbeauftragten waren schlicht falsch. Schauen Sie sich mal den Bericht des Wehrbeauftragten 1968 an. Jeder Truppenführer und jeder Truppenkommandeur hat einen vernünftigen Anhalt darin, um ein bißchen besser — wenigstens gedanklich — mit den Problemen fertig zu werden, vor denen er täglich steht.

(Beifall.)

Drittens war manches in der Rede des Generals nicht nur falsch, sondern gefährlich falsch. Wenn im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Inneren Führung oder im Zusammenhang mit dem Wehrbeauftragten die Rede davon war, man müsse nun endlich „die Maske fallen lassen“, dann ist das ein ganz gefährliches, ein schlimmes Wort. Es könnte so mißverstanden werden in der öffentlichen Meinung, als ob die ganze Bundeswehr sich 15 Jahre eine Maske vorgehalten hätte, die man endlich fallenlassen würde, um nun sein wahres, völlig anderes Gesicht zu zeigen.

In der Rede war sicherlich auch einiges, was strittig, aber diskutabel ist; man kann sicherlich über die dem Heute angemessenen

Grundsätze der Inneren Führung diskutieren. Die Bundeswehr lebte 1955 in einer anderen Gesellschaft als heute. Die Gesellschaft ist sehr im Wandel begriffen. Die psychologischen Züge unserer Gesellschaft sind sehr im Wandel.

Grasheys Rede enthielt also Richtiges, Falsches, gefährlich Falsches und Diskutables — alles zugleich in einem Vortrag. Die Gründe oder die Motive der Kritik, soweit es sich um Kritik aus der Bundeswehr selber handelt, an diesem Vortrag scheinen mir verschiedene zu sein. Einige kritisieren — und denen will ich mich zugesellen — vor allen Dingen die Substanz; das, was falsch ist, oder das, was gefährlich falsch war und was ein Mann in dieser Stellung kaum sagen dürfte; jedenfalls gefährdete er seine persönliche Autorität.

Zweites Motiv der Kritik war wohl — insbesondere auch bei denen, die unmittelbar anwesend waren — das geistige Niveau, auf dem diese Substanz dargeboten wurde — auch eine sehr gefährliche Angelegenheit, wenn jemand, der in so hoher Führungsposition steht, Kritik an seinem geistigen Niveau herausfordert! Es war ja wohl so, daß eine Reihe von anwesenden Offizieren sich über die Simplität der Darbietung an Ort und Stelle beschwert haben. Und die dritte Motivation der Kritik, das ist die relativ einfachste. Ich will sie nicht ganz für illegitim halten, aber es gefällt mir nicht ganz, wenn sich die Kritik nur auf dieses Motiv beschränken sollte. Das dritte Motiv ist, daß die Leute

sagen, er hat doch eigentlich unnötigerweise Schwierigkeiten heraufbeschworen. Ich bin gar nicht so sicher, ob diese Schwierigkeiten vielleicht nicht doch noch zum Guten ausschlagen werden. Denn hier ist eine Diskussion entfacht worden, obgleich der Verteidigungsminister eine Entschuldigung angenommen hat, bei der ich offenlasse, ob es nicht zu früh gewesen und ob das vorher alles genau geprüft gewesen ist.

Aber nachdem der Verteidigungsminister die Entschuldigung; des Generals angenommen und akzeptiert hat, meine ich, daß wir falsch daran täten, wenn wir jetzt das Schwergewicht der Diskussion über die durch dieses Ereignis aufgeworfenen und ungelösten Fragen auf die disziplinäre Seite der Angelegenheit verschieben wollten. Hier sind ganz andere und schwerwiegendere Fragen aufgeworfen worden. Ich glaube allerdings nicht, daß es richtig wäre, hierzu einen Sonderauftrag an den Wehrbeauftragten zu geben. Ich glaube auch nicht, daß es richtig wäre, ein Sonderorgan in der Bundeswehr zu schaffen, das sich jetzt mit der Frage der konkreten Ausgestaltung der Grundsätze der Inneren Führung in der gegenwärtigen Gesellschaft beschäftigen müßte. Im Grunde handelt es sich hier nämlich um eine wesentliche Aufgabe der militärischen Führung.

Es ist Sache der militärischen Führer, sich darum zu kümmern. Einer hat hier vorhin in der Diskussion gesagt, man solle darüber nicht so viel theoretisieren; man solle

die Praktiker auch zu solchen Fragen zu Wort kommen lassen. Ich meine, daß Füh. ng, militärische Führung, zumal im tiefsten Frieden, ganz wesentlich beruht auf dem engen Kontakt — geistigen und seelischen Kontakt — mit der Basis der Truppe; engen Kontakt mit den Feldwebeln, mit den Kompanieoffizieren, mit den Chefs, mit den Kommandeuren, mit den Divisionären und Korpsgeneralen. Das gehört auch zu meinen Vorstellungen von einem Bundeswehrführungsstab. Der militärische Führer muß in höherem Maße als bisher zur Truppe gehen; das gilt übrigens auch für den politischen Oberbefehlshaber.

(Lebhafter Beifall.)

Neuordnung des Laufbahnwesens

Für den inneren Zustand der Streitkräfte sind sicherlich seit langem und immer noch und immer mehr die Personalprobleme einer der Schlüssel; wenn man sie lösen könnte, hätte man wesentliches erreicht. Alles das, was wir an Maßnahmen ergriffen haben im Laufe des letzten Jahres, durch den Bundestag und durch das Verteidigungsministerium, wird wahrscheinlich bestenfalls zu einer Stabilisierung der gegenwärtig angespannten Personallage führen, aber nicht zu einer auf die Dauer befriedigenden Lösung.

Zur Neuordnung der Offizierslaufbahn möchte ich sagen: Ich glaube,

das Offizierkorps muß sich freimachen von der Vorstellung, daß grundsätzlich ein Offizier alles können muß. Wir Politiker haben uns längst davon freigemacht.

Wenn im Deutschen Bundestag junge Abgeordnete auftreten und sagen, sie könnten alles, dann dauert das ein halbes oder ein Jahr, und dann wissen ihre Kollegen, was sie davon zu halten haben. Keiner von meinen Kollegen im Verteidigungsausschuß würde sich einfallen lassen, etwa das hart erarbeitete und auf Fachwissen begründete Urteilsvermögen meines Kollegen Hermsdorf anzugreifen, der im Haushaltsausschuß arbeitet und heute hier einen Bericht gegeben hat. Herr Hermsdorf würde sich nicht anmaßen, in komplizierte Materien der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall, sachlich-fachlich eingzugreifen und sich in Fragen für kompetent zu halten, die etwa ein Mann wie mein Freund Schellenberg regelt, und Schellenberg würde nicht daran denken, gegen Männer wie Berkhan oder Wienand in Sachen der Verteidigungspolitik eingzugreifen, sich in Verteidigungsfragen für kompetent zu halten.

Natürlich muß jeder das Allgemeine überschauen können. Aber die Idee, daß ein Offizier grundsätzlich ein allroundman zu sein habe, der alles kann, die müssen Sie langsam begraben, meine Herren.

(Lebhafter Beifall.)

Dieser Appell richtet sich eigentlich mehr an das Heer als an die anderen beiden Teilstreitkräfte.

(Erneuter Beifall — Zuruf.)

Es muß wohl auch verstanden werden, daß es notwendig ist und gesetzlich geregelt werden muß, älteren Offizieren, die nicht mehr befördert werden sollen, ein sehr viel früheres Ausscheiden, als heute in den Gesetzen vorgesehen ist, zu ermöglichen; entweder mit einer Teilpension oder mit einer entsprechenden Abfindung. Das gegenwärtige Prinzip ist nicht gut.

Wir haben zu viele ältere Offiziere in relativ niedrigen Stabsoffiziersrängen oder Hauptmannsrängen. Was sollen denn die armen Kameraden machen; die wollen ja ihr Geld nicht umsonst kriegen, die wollen ja was dafür tun; also sind sie verurteilt dazu, zusätzlichen Papierkrieg zu erfinden.

(Lebhafter Beifall.)

Die wollen ja was tun, die haben ja Pflichtbewußtsein und Dienst-eifer; also müssen sie arbeiten, das ist doch ganz klar, das kann man ihnen nicht vorwerfen, das muß man ihnen als Verdienst anrechnen. Sie bemühen sich — trotzdem ist das Gesamtergebnis so überaus positiv.

(Zuruf: Parkinson.)

Aber Parkinson, um den Zwischenruf aufzunehmen, Parkinson enthält ja sehr viel Selbstpersiflage! Wenn die Armee die geistige Souveränität sich erwerben

könnte, auch kräftig und häufig über sich selbst zu lachen, das wäre eine gute Sache, das würde ihr Ansehen in der Gesellschaft steigen lassen!

(Lebhafter Beifall.)

Ich denke also, man sollte sich dem Prinzip der Fachoffiziere wirklich zuwenden und halte die Einführung der fünften Laufbahn in der Laufbahngruppe der Offiziere für einen vielversprechenden Anfang.

Es kommt auf die funktionale Verzahnung von Unteroffiziers- und Offizierslaufbahnen an und auf die Schaffung echter Aufstiegsmöglichkeiten für alle Soldaten.

Aber ich bitte, nicht wieder den Fehler zu machen, die Prüfung für Fachoffiziere so auszugestalten, wie es schon bisher war, daß der arme Troupier oder der Praktiker, der Fachoffizier, der nun wirklich seine Sache gemacht hat, zukünftig in der Stabsoffiziersprüfung schlechter gestellt wird als derjenige, der die ganzen Jahre in hohen Stäben gearbeitet hatte; das geht nicht!

(Lebhafter Beifall.)

Das gleiche Prinzip muß auch für Fachunteroffiziere gelten, und ich denke, wir müssen vor allem stärker als bisher den Zusammenhalt zwischen dem sogenannten Unteroffizierskorps und Offizierskorps herstellen — ich bin nicht ganz sicher, ob wir guttun, diese Begriffe auch noch ins nächste oder übernächste Jahrzehnt immer weiter zu schleppen.

(Beifall.)

Wir müssen diese beiden Gruppen viel stärker zueinander durchlässig machen. Wenn hier mit Recht geklagt wird über die Stellung des Unteroffiziers in unserer Gesellschaft, dann ist sicherlich einer der Gründe für diesen beklagenswerten Zustand die Art stellvertretender Angeklagter, die der Unteroffizier nach 1945 hat spielen müssen. Aber ich wage hier zu sagen, daß das doch schon sehr lange her ist. Die jungen Leute von heute haben KIRST'S „08/15“ nicht gelesen — das ist schon sehr lange her. Inzwischen hat die Bundeswehr vielerlei Gelegenheit gehabt, auch ihrerseits, aus ihrem Vermögen heraus, die soziale Stellung des Unteroffiziers zu verändern und seinen mit Recht erhobenen Geltungsanspruch zu befriedigen; auch innerhalb der Bundeswehr zu befriedigen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich würde es für etwas Normales halten, wie es zum Beispiel in der Polizei in Deutschland etwas Normales ist, daß jemand, der was taugt, nach einigen Lehrgängen im Laufe der beruflichen Erfahrungen Meister wird und Obermeister, und daß er dann auch Kommissar werden kann und Oberkommissar und sogar Polizeirat und Polizeidirektor. Es muß nicht so sein in der Armee wie in der Polizei, daß praktisch jeder von ganz unten und aus der sogenannten Unteroffizierslaufbahn kommt. Aber es muß in der Armee durchaus etwas Normales werden und nicht etwas Ausnahmeweises, daß jemand aufsteigt. Das muß etwas Normales werden. Es muß nicht heißen, daß

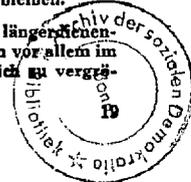
unbedingt die Mehrzahl aufsteigt, aber es muß als etwas völlig Normales angesehen werden. Wenn Sie die Stellung des Unteroffiziers heben wollen in der Gesellschaft, und ich möchte das auch, dann finde ich, sollte hier in der Bundeswehr damit angefangen werden, ihn als etwas Gehobenes, als etwas Herausragendes, als wichtiges Element, als in seiner Person ernstgenommenes Element zu behandeln!

(Lebhafter Beifall.)

Zur Lösung der Personalprobleme haben wir deshalb seit langem vorgeschlagen:

- a) Neuordnung der Laufbahngruppe der Offiziere mit dem Ziel, ein nach Funktionen spezialisiertes und fachlich qualifiziertes Offizierskorps zu schaffen, das auf breiter Basis die Übernahme qualifizierter Unteroffiziere auf Antrag oder auf Vorschlag zuläßt.
- b) Neuordnung der Unteroffizierslaufbahnen in einer Form, die bei entsprechender Befähigung und Leistung den Weg in die Truppen- und Fachoffizierslaufbahn oder in entsprechende zivile Laufbahnen der Bundeswehrverwaltung öffnet, damit die mit hohen Kosten und Zeitaufwand erworbenen Spezialkenntnisse möglichst vieler Unteroffiziere der Bundeswehr insgesamt so lange als möglich erhalten bleiben.

- c) Um die Zahl der länger dienenden Mannschaften vor allem im technischen Bereich zu vergrößern.



bern, schlagen wir eine mit einer qualifizierten Ausbildung verbundene Laufbahn für drei Jahre freiwillig dienende Mannschaftsdienstgrade vor. Angemessene Bezahlung, Übergangsbeihilfen und -gebühren sollten diese Verwendung auch im materiellen Bereich attraktiv machen.

In den Arbeitsgemeinschaften ist gesprochen worden von der Beeinträchtigung des Wehrwillens und von der Staatsverdrossenheit. Wir wissen, daß es besonders in dem Bereich unserer Jugend, soweit sie von den höheren Schulen kommt und an den Universitäten ist, erhebliche Kritik an der Struktur und an der vermeintlichen und tatsächlichen Entwicklungseinrichtung unserer Gesellschaft gibt. Dies trägt dazu bei, daß es die Bundeswehr mit den Dienstpflichtigen heute schwerer hat als vor zehn Jahren, gar kein Zweifel. Nicht nur die Bundeswehr, auch an anderen Stellen unserer Gesellschaft gibt es ähnliche Erscheinungen. Insofern ist die Bundeswehr ein Spiegelbild. Manches kommt bei ihr allerdings später, nachdem es anderswo bereits eingetreten ist.

Die Gleichbehandlung aller Dienstpflichtigen

Mir scheint aber, daß eines vor allem gesehen werden muß: Wenn es sich schon so verhält mit der sehr stark ausgeprägten Kritik der jungen Menschen an Gesellschaft

und Staat, an den Einrichtungen des Staates, an der Armee usw., dann kann man auf die Dauer nicht erwarten, daß der einzelne junge Mann die Notwendigkeit eines Dienstes in der Armee begreift, wenn gleichzeitig genauso viele nicht dienen wie dienen, das ist unerträglich. Das muß das Vertrauen der Jugend in den Willen und in die Fähigkeit dieses Staates zur Gerechtigkeit von vornherein zerstören, im Ansatz schon unterminieren.

Ich halte das Problem der Wehrgerechtigkeit für die innere, für die psychologische Einstellung der jungen Leute zum Staat für ein ganz wichtiges Problem. Wenn jeder weiß, daß jeder dienen muß und auch jeder geholt wird, sähe die Sache ganz anders aus. Heute weiß jeder, daß, wenn der andere einen Onkel hat hier und einen Freund des Vaters dort, daß es dann Möglichkeiten gibt, die einige mit Erfolg beschreiten. Und in manchen Schulen ist es geradezu ein Sport, daß die ganze Klasse sich möglichst auf die eine oder andere Weise vom Wehrdienst befreit. Das ist schlecht! Und ich bin auch nicht zufrieden, wenn Herr Büchs gestern sagt, man wolle in Zukunft 92% der Tauglichen ausschöpfen. Gucken Sie sich bitte mal die ganzen Tauglichkeitsbestimmungen an, gucken Sie sich an, was im Gesetz vorgeschrieben ist an Wehrdienstaushnahmen und was sie außerdem noch dazugebaldelt haben!

Ich bin dafür — das sage ich mit aller Klarheit —, falls die Wehr-

pflichtdauer herabzusetzen, aber solange Wehrpflicht existiert, alle, die dienstfähig sind, auch wirklich einzuziehen.

(Anhaltender Beifall.)

Sie wissen, die Amerikaner stehen vor demselben Problem. Sie wissen, daß Präsident Nixon dasselbe Problem — in Amerika unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges natürlich noch bedrängender — genauso wichtig nimmt und eine große Untersuchung eingeleitet hat, ob dies nicht, unter Abwägung vielerlei anderer Gesichtspunkte, die da auch noch mitspielen müssen, ob dies vielleicht nicht dazu zwingt, die Amerikaner dazu zwingt, das gegenwärtige Wehrpflichtsystem durch ein anderes System zu ersetzen. Dieselbe Fragestellung steht auch vor uns und vor allen übrigen westeuropäischen Armeen. Da hilft es nicht, den Blick davor abwenden zu wollen!

(Lebhafter Beifall.)

Wehrpflichtdauer und Wehrsystem für die 70er Jahre noch angemessen?

Es kann sein, daß eine stärkere Ausschöpfung der Jahrgänge eben dazu führt, daß man die Wehrpflichtdauer herabsetzen muß, wenn man die Bundeswehr nicht übermäßig ausweiten will. Außerdem gibt es das Problem der erforderlichen zusätzlichen Ausbilder. Ich bin eher bereit, eine gewisse

Einschränkung des Ausbildungsgrades der eingezogenen Soldaten in Kauf zu nehmen, als schwerwiegende Schäden in der geistigen und seelischen Verfassung unserer Soldaten. Je höher ein Vorgesetzter ist, um so weniger wird das eingesehen. Aber ich meine im Ernst: Der Wert der Armee für den Fall, für den sie eigentlich geschaffen ist, geschaffen zum Zweck, unser Land gemeinsam mit anderen Armeen verteidigen zu können, beruht auf ihrer Fähigkeit, andere davon abzuschrecken, unser Land zu verletzen. Für diesen Fall ist der Kampfwert sehr viel mehr abhängig von der seelischen Verfassung oder vom inneren Gefüge der Armee, als davon, ob sie nun den Leopard oder einen Kampfpanzer 70 zur Verfügung hat.

(Sehr lebhafter Beifall.)

Es kann sein, das will ich einräumen, daß solche Vorschläge auf der anderen Seite aber doch zu einer so kurzen Wehrpflichtdauer führen, daß das ausbildungsmäßig kaum noch zu bewältigen ist. Dann muß man sich unter Abwägung der Konsequenzen im Bündnis, unter Abwägung der psychologisch-strategischen Auswirkungen auf den östlichen Partner in Mitteleuropa und der Abwägung alles dessen, was bedacht werden muß, überlegen, ob das geltende System der Wehrpflicht für die 70er Jahre noch zweckmäßig ist. Hier bedarf es einer grundlegenden Analyse der Situation.

(Beifall.)

Und ich weiß, daß andere europäische Armeen ebenfalls vor dieser Notwendigkeit stehen; einige haben schon angefangen, das durchzusetzen. Hier soll niemand sagen, daß Wehrpflicht im Grunde eine notwendige Begleiterscheinung der Demokratie wäre, Adolf Hitler hatte auch eine Wehrpflicht, und die Russen haben sie auch. So ist das nicht.

(Beifall.)

Ich wäre sehr traurig, wenn man diese Erwägung mißverstehen würde als Opportunismus gegenüber denjenigen jungen Leuten, die lieber nicht dienen möchten. Ich stelle sie nicht an, weil es dem Wähler oder den jungen Wählern gefällt, die Wehrpflicht abzuschaffen. Ich finde, Gefälligkeitsdemokratie ist eines der schlimmen Dinge, die man erleben kann. Aber ich meine, daß wegen des Kampfwertes dieser Armee einerseits und wegen der kaum wiedergutzumachenden Schädigung des Vertrauens in die Gerechtigkeit dieses Staates bei den Wehrpflichtigen andererseits, daß aus diesen beiden Gründen nach einer auf längere Jahre sorgfältig angelegten Enquete, nach einer sorgfältigen Untersuchung und Abstimmung mit unseren Bündnispartnern, dieses Problem nicht umgangen werden darf.

(Lebhafter Beifall.)

Wir fordern daher, daß eine Enquete-Kommission gebildet wird mit dem Auftrag, Regierung und Bundestag über die Entwicklung

der gegenwärtigen und der zukünftigen Wehrverfassung sowie der Organisation und Personalstruktur zu berichten. Dabei sind von der Wehrgerechtigkeit über die zu erwartende Entfaltung militärischer Technologie bis hin zu den bündnispolitischen Rückwirkungen und Abhängigkeiten und bis hin zu den strategischen Wirkungen alle außerhalb oder gegenüber dem Bündnis wirksamen Faktoren abzuwägen. Es wäre gut, wenn die Untersuchung bald eingeleitet würde, so daß sie etwa in zwei Jahren vorliegen könnte, möglicherweise mit alternativen Ergebnissen vorliegen könnte. Für eine Übergangszeit gilt die Forderung, von der bereits gesetzlich festgelegten Möglichkeit des verkürzten Grundwehrdienstes Gebrauch zu machen.

Unabhängig von späterer Reorganisation der Streitkräfte und des Mobilisierungssystems ist unmittelbar notwendig:

a) **Einschränkung der nicht durch das Gesetz zwingend vorgeschriebenen Wehrdienstausnahmen; einstweilige Zurückstellungen und Uk-Stellungen dürfen nicht zu einer endgültigen Wehrdienstbefreiung führen.**

b) **Wir lehnen es ab, nicht einberufene Wehrpflichtige durch eine Wehrabgabe finanziell zu belasten. Statt dessen fordern wir einen angemessenen Ausgleich bei der Wiedereingliederung in das Berufsleben für alle diejenigen, die den Grundwehrdienst abgeleistet haben.**

Nach ihrem Grundwehrdienst sollen Wehrpflichtige eine einmalige Abfindung in Höhe von DM 100,— je Monat der geleisteten Dienstzeit erhalten.

c) **Die Höhe des Wehrosoldes für Wehrpflichtige soll jährlich überprüft und der allgemeinen Entwicklung des Lohn- und Gehaltsgefüges in der Volkswirtschaft angepaßt werden.**

Objektives und leistungsgerechtes Beurteilungs- und Beförderungswesen

Die Grundsätze der Inneren Führung, das will ich noch einmal betonen, müssen nach unserer sozialdemokratischen Überzeugung für den inneren Dienstbetrieb der Streitkräfte bindende Grundlage bleiben. Sie dienen nicht zuletzt der Integration der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft. Das schließt ein, daß sie in allen Einzelheiten der konkreten Anwendung, die zeitabhängig und dem jeweiligen Zustand der Gesellschaft entsprechend veränderbar sein mögen, weiterentwickelt werden müssen. Ich denke, daß der Soldat, der den Rechtsstaat und die Freiheit, die wir uns geschaffen haben, verteidigen soll, ihn auch innerlich akzeptieren und verstehen soll. Dazu ist es notwendig, daß er auch — und gerade in der Bundeswehr — ihn täglich erlebt, daß persönliche Würde ge-

achtet und daß persönliche Freiheit nicht angetastet wird.

(Beifall)

Etwas, was man selber nicht erlebt, verteidigen zu sollen, setzt einen sehr hohen Grad ethischer Abstraktion voraus!

(Lebhafter Beifall)

Und niemand wird mich dahin gehend mißverstehen, daß ich etwa dem Prinzip von Befehl und Gehorsam Abbruch tun möchte; dies Prinzip habe ich wohl klar genug betont. Zu den Grundsätzen der Inneren Führung gehört übrigens auch, daß das Beurteilungswesen in der Armee auf objektive Grundlagen gestellt wird, als es heute gestellt ist. Da soll auch keiner kommen und sagen, das hätten die Beamten erfunden! Da ist allerhand zu objektivieren; für die Offiziere genauso wie für die Unteroffiziere. Es ist ein ganz wesentlicher Teil des inneren Gefüges, daß die Soldaten das Gefühl haben, einer gerechten Personalwirtschaft gegenüberzustehen — ein ganz wesentlicher Teil.

(Beifall.)

Wenn ich manchmal zur Truppe komme, stelle ich fest, daß ein ganz großer Teil des Gesprächs den konkreten Einzelfällen der Personalwirtschaft, die gerade am Standort anhängig sind, gewidmet ist und man nicht das Gefühl von Gerechtigkeit hat. Eine schlechte Situation.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin dafür, daß das Leistungsprinzip gilt. Aber ich bin dafür, es so zu objektivieren, damit nicht im Namen des Leistungsprinzips ganz andere Prinzipien sich praktisch durchsetzen.

(Lebhafter Beifall.)

Das Beurteilungs- und Beförderungswesen ist, soweit es die speziellen militärischen Aufgaben zulassen, den in der Wirtschaft entwickelten Leistungsnormen anzupassen.

Das setzt eine funktionsgemäße Dienstpostenbeschreibung und eindeutige Leistungskriterien voraus. Das Zulagewesen ist auf die Dienstpostenbewertung abzustellen. In den Stellenplänen sind militärische Dienstgrade nur dort zu fordern, wo neben der fachlichen Leistung ein militärisches Vorgesetztenverhältnis besteht. Militärische Dienstgrade sind kein geeignetes Mittel, um Spezialtätigkeiten im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft ausreichend zu entlohnen; dies kann besser durch die an jeweilige Dienstposten gebundene Zulagen erreicht werden.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung — Ableistung des Ersatzdienstes

Wir halten an der Sicherung der Grundrechte fest und an der Sicherung der Grundsätze der Inneren Führung. Die Schule der Inneren Führung und ihr wissenschaftlicher Lehrstab sind für die Wei-

terentwicklung der Grundsätze einer modernen Menschenführung unentbehrlich. Wir halten fest an der Einrichtung des Wehrbeauftragten; nicht nur, weil er Hilfsorgan des Parlaments ist, sondern weil wir auch glauben, daß er durch seine Berichte der Armee, ihrer Führung, aber auch der Truppe wesentlich hilft. Wir werden übrigens auch festhalten — daran ist kein Zweifel — an den im Grundgesetz geregelten Rechten der Kriegsdienstverweigerer.

Der Vorsitzende meiner Partei, Willy Brandt, hat hier gestern sehr klar dazu gesprochen; wir haben das in Erinnerung. Ich will nicht noch einmal ausführen, was er gesagt hat; es entspricht unserer Meinung.

Ich will allerdings, vielleicht in einem kleinen Exkurs, ein paar Worte sagen zu den heutigen Prüfungsverfahren: Mir scheint, daß diese quasi gerichtsförmige Überprüfung des Gewissens im Grunde die ganze Zeit eine mißliche Sache war und geblieben ist. Wir schlagen deshalb vor, daß die Wehrpflichtigen, wenn sie ihre Gewissensentscheidung glaubhaft machen, die nämlich vom Grundgesetz gemeint ist und nicht irgendeine andere, die zur politischen Zwecksetzung organisiert und vorgegeben wird; wenn sie glaubhaft machen, auf Grund dieses vom Grundgesetz gemeinten Gewissensentscheidung nicht Wehrdienst leisten zu können, dann sollen sie die Freiheit haben, sich für die Ableistung des zivilen Ersatzdienstes zu entscheiden; ohne großes

Brimborium von Ausschüssen und zweiten und dritten Instanzen.

(Lebhafter Beifall.)

Das muß dazu führen, daß sie anschließend genau wie die Wehrpflichtigen ihren Ersatzdienst ableisten, und zwar, genau wie die Wehrpflichtigen, der ganze Jahrgang, der vollständig ausgeschöpft werden muß.

Es ist eine Schande, daß die Bundesregierung den Ersatzdienst bisher nicht auf dieses Maß gebracht hat — auf die Kapazität, daß auch alle sofort zum Ersatzdienst hinkommen können, wohin sie nach ihrer eigenen Entscheidung wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Solange es dabei bleibt, daß nach dem Gesetz der Wehrpflichtige 18 Monate zu dienen und weitere 9 Monate im Laufe der späteren Jahre zu Wehrübungen zur Verfügung zu stehen hat — es müssen nicht alle 9 Monate dienen, aber manche werden schon mehrere Male geholt — könnte ich mir denken, daß der Ersatzdienst eben von vornherein auf 24 Monate festgesetzt wird, damit wirklich ein Äquivalent da ist und auf beiden Seiten die Jahrgänge voll ausgeschöpft werden. Das würde das Gefühl des Willens dieses Staates zu Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation ganz wesentlich vertiefen.

(Lebhafter Beifall.)

Was nun die Wehrdienstverweigerer innerhalb der Truppe angeht,

von denen würde ich allerdings sagen: Wer schon Soldat geworden ist und nun in der Truppe sich zu anderen Überlegungen durchringt, der sollte — und nur der sollte — das bisherige Prüfungsverfahren weiter durchlaufen. Die Prüfungsausschüsse würden die ganz große Masse der Verfahren loswerden, es würden diese endlosen Verzögerungen, das Schlangestehen bis zum Termin wegfallen. Ich würde das gegenwärtige Verfahren nur noch angewandt wissen wollen auf diejenigen, die als Soldat nun eine andere Gewissensentscheidung treffen, als sie sie vor sechs, oder zehn, oder zwölf Monaten, oder wann immer sie gemustert worden sind, damals getroffen haben. Die wachsende Zahl von Kriegsdienstverweigerern, die ihre Anerkennung erst nach Eintritt in die Bundeswehr anstreben, verlangt eine wesentliche Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens und eine leistungsfähige Ersatzdienstorganisation. Die derzeitige Praxis langer Wartezeiten bis zu einer Entscheidung führt zu Belastungen des Dienstbetriebes und zu inneren Spannungen, die nicht mehr länger auf dem Rücken der Truppe ausgetragen werden dürfen. Erfolgt die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, so sollte bereits abgeleiteter Wehrdienst auf den zivilen Ersatzdienst angerechnet werden.

Bundeswehr und Gesellschaft

Ich will am Schluß sagen, daß im Grunde die Bundeswehr wie kaum

eine andere Armee seit 1813 das Spiegelbild unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden ist. Dabei ist nicht zu verkennen, daß alles, was uns in der Gesamtgesellschaft nicht gefällt, auch in der Bundeswehr wiederkehrt.

(Beifall.)

Dem einen gefällt dies nicht, dem anderen gefällt jenes nicht. Und beides kann man auch in der Armee wiedererkennen. Zum Beispiel: Wir müssen von rückwärts-gewandter, übertriebener Traditionsanhänglichkeit abgeleiteten Strömungen, die sich auch in der Bundeswehr bemerkbar machen und die nach unserer Meinung mit den Verhaltensnormen einer modernen demokratischen Gesellschaft nicht mehr übereinstimmen, entgegentreten. Das hat zum Teil seinen Ursprung in der Überlastung und der weitgehenden Überforderung der Vorgesetzten als Folge des seit Jahren andauernden Mangels an qualifizierten Truppenoffizieren und -unteroffizieren bei zu hoch gesteckten Zielen und forcierten Aufträgen; zum Teil liegen die Ursachen darin, daß sich die für eine soldatische Gemeinschaft dringend nötige, menschliche Begegnung zwischen den Vorgesetzten aller Dienstgrade und zwischen Vorgesetzten und Untergebenen auf zu wenige Gelegenheiten und meistens nur offizielle oder halboffizielle Veranstaltungen beschränkt.

(Beifall.)

Manchen Orts hat das dazu geführt, daß Offizierskorps und Un-

teroffizierskorps sich tendenziell voneinander abkapseln und auch die Mannschaften sich wiederum abkapseln; ferner dazu, daß innerhalb des Offizierskorps und innerhalb des Unteroffizierskorps die älteren und erfahrenen Soldaten nicht genug Zeit haben, sich um die menschlichen Sorgen, übrigens auch um die politischen Fragen und die wehrpolitischen Fragen der jüngeren Soldaten zu kümmern. Ich denke, daß überholte Standesauffassungen und als bedrückendes Problem empfundene aktuelle Fragen innerhalb der Armee neben vielen anderen Sorgen, über die man debattiert, viel leichter abgebaut werden, wenn jüngere und ältere Generation sich selbstverständlich im Gespräch begegnen; viel besser durch solche Begegnungen als durch Belehrungen, Anordnungen oder durch offiziell verkündete Grundsätze.

(Lebhafter Beifall — Zurufe.)

Wir verkennen dabei nicht, daß die Bundeswehr die an sie gestellte Aufgabe, sich als Armee eines demokratischen Staates zu bewähren, eines demokratischen Staates, den sie selbst aus ihrer inneren Überzeugung bejaht, nur dann erfüllen kann, wenn die öffentliche Meinung bereit ist, ihr dabei zu helfen.

Die Gesamtgesellschaft muß die Bundeswehr in ihren notwendigen gesellschaftlichen Funktionen sehen und anerkennen, und sie muß bereit sein, die Soldaten in die Gemeinschaft, wo sie immer gebildet ist, am Ort, im Verein, in einer

Partei, in einem Verband, in einer kirchlichen Gemeinde, uneingeschränkt aufzunehmen. Das ist eine ganz große, von vielen Leuten außerhalb der Bundeswehr noch nicht ausreichend erkannte Aufgabe; Aufgabe für Verbände und Gewerkschaften und Parteien genau wie für Kirchen, für Kommunen, genau wie für jedermann.

Wir Sozialdemokraten wollen nicht, daß die Bundeswehr als Staat im Staate angesehen wird oder daß sie sich selbst so empfindet.

Was wir wollen, ist Anerkennung der Leistung dieser Soldaten, die sie für die Gesamtgesellschaft erbringen!

(Lebhafter Beifall.)

Die Gesellschaft muß dabei wissen und begreifen, daß die Vergleichbarkeit militärischer Berufe mit zivilen Berufen begrenzt ist. Diese Grenzen müssen anerkannt wer-

den. Es ist selbstverständlich so, daß im militärischen Bereich manches anders geregelt werden muß als bei der Deutschen Bundesbahn.

Umgekehrt: Der Soldat muß wissen, daß militärische Disziplin, daß Befehlenwollen und daß Gehorchensollen innerhalb einer modernen Armee genauso notwendig ist wie früher, daß aber auf Einsicht beruhender mitdenkender Gehorsam mit unseren Vorstellungen einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft nahtlos vereinbar ist.

Das allerdings ist sehr schwer zu lehren. Das kann man nur erfahren als junger Soldat z. B. aus den Eindrücken, die man vom Umgang der Vorgesetzten mit den jungen Soldaten gewinnt. Wer den freiheitlichen Rechtsstaat verteidigen soll, muß ihn bewußt und praktisch erlebt haben.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

**Sozialdemokratische
Sicherheits-
und
Verteidigungspolitik**

